Bundesministerium
Europäische und internationale
Angelegenheiten

Geschäftszahl:
BMEIA: 2025-0.149.024

**10/4.2**
Zur Veröffentlichung bestimmt

**Vortrag an den Ministerrat**

## EU; Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten am 24. Februar 2025; Bericht

Am 24. Februar 2025 fand in Brüssel eine Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten (RAB) statt. Die Tagesordnung umfasste die Punkte Laufende Angelegenheiten, Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine, die Situation im Nahen Osten und die Demokratische Republik Kongo.

Die Hohe Vertreterin und Vizepräsidentin der Europäischen Kommission (HV/VP) Kaja Kallas verwies einleitend auf den 3. Jahrestag des Beginns des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine und betonte die fortgesetzte und verstärkte EU-Unterstützung für die Ukraine. Im Rahmen einer Schweigeminute wurde den Opfern der russischen Aggression gedacht.

Unter dem Tagesordnungspunkt Laufende Angelegenheiten sprach HV/VP Kallas die aktuelle Situation in Georgien an.

In der Diskussion zum russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine drückte der ukrainische Außenminister Andrij Sybiha seine Hoffnung auf eine fortgesetzte Partnerschaft mit den USA aus, die Ukraine bereite sich jedoch auch auf andere Szenarien vor. Notwendige Schritte seien die Nutzung der immobilisierten russischen Vermögenswerte und eine Steigerung der EU-Unterstützung. Die Ukraine wolle einen gerechten und dauerhaften Frieden, akzeptiere jedoch keine Initiativen ohne ihre Beteiligung. Vor Abschluss eines Waffenstillstandes benötige es Klarheit über Sicherheitsgarantien. HV/VP Kallas führte aus, dass ein gemeinsamer Ansatz gegenüber den USA notwendig sei. Ein Waffenstillstand zu jedem Preis und die Abhaltung von Wahlen in der Ukraine zum derzeitigen Zeitpunkt wären gefährlich. Die EU müsse Sicherheitsgarantien für die Ukraine anbieten, möglichst in Verbindung mit dem US-Abschreckungspotenzial gegenüber Russland. Außerdem müsse über Verteidigungsfinanzierung gesprochen werden. Zudem müsse die militärische Unterstützung für die Ukraine weiter hochgefahren werden, es werde auf Zustimmung der Mitgliedsstaaten (MS) zum vorgeschlagenen neuen Mechanismus gehofft. Der Druck auf

Russland müsse nach dem 16. Sanktionenpaket weiter erhöht werden. Die EU müsse Vorbereitungen für den Fall treffen, dass die USA ihre Russland-Sanktionen aufheben würden. Ebenso brauche es eine Intensivierung des globalen Outreach. Die MS bekräftigten die Unterstützung für die Ukraine, forderten ein geeintes Auftreten der EU, betonten die Notwendigkeit eines gerechten und dauerhaften Friedens und der Einbindung der Ukraine und der EU in Friedensgespräche. Mehrere MS unterstützten die EAD-Initiative zu verstärkter militärischer Unterstützung der Ukraine, einige MS sahen dazu noch Diskussionsbedarf. HBK/HBM Alexander Schallenberg gab zu bedenken, dass im Umgang mit US-Präsident Trump Stärke notwendig sei, die sich nur demonstrieren ließe, wenn die EU nicht auf alle US-Aussagen schockiert reagiere. Die EU dürfe sich nicht kleinreden lassen und müsse auf Basis der eigenen Hebel transaktional, ruhig, beständig und selbstbewusst auftreten. Eine Einigung ohne die Ukraine und die EU sei nicht möglich; die Einigkeit innerhalb der EU bei diesem Thema sei viel stärker, als oft behauptet.

In der Diskussion zur Lage im Nahen Osten verwies HV/VP Kallas auf die Annahme der Suspendierung der sektoriellen Sanktionen gegen Syrien unter anderem in den Bereichen Energie, Transport und damit verbundenen Finanztransaktionen. Die Abhaltung der 9. Brüsseler-Konferenz zu Syrien sei für 17. März vorgesehen. Die MS werden um Teilnahme auf Ministerebene ersucht, auch der syrische Außenminister Al-Shibani werde teilnehmen. Im Rahmen der Thematik Israel/Palästina sei die Reaktivierung von EUBAM Rafah ein positives Signal konkreter EU-Maßnahmen zur Unterstützung der Situation in Gaza. Der hochrangige Dialog mit der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) solle am Rande des RAB im April stattfinden. Die EU-Libanon-Partnerschaft solle durch Abhaltung des EU-Libanon-Assoziierungsrates noch dieses Jahr wiederbelebt werden. Kommissarin Dubravka Šuica führte ergänzend dazu aus, dass die Auszahlung weiterer Unterstützung seitens der Europäischen Kommission abhängig vom Abschluss eines Reformpakets der libanesischen Behörden mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) sei. Im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt werde das mehrjährige PA-Unterstützungsprogramms derzeit finalisiert. Im Rahmen der darauffolgenden Diskussion forderten die MS einen inklusiven und durch Syrien geführten Übergangsprozess und begrüßten die teilweise Suspendierung der sektoriellen Sanktionen gegen Syrien zur Unterstützung des Wiederaufbaus. Zudem betonten die MS die Notwendigkeit einer vollständigen Implementierung des Waffenstillstands- und Geiselfreilassungsabkommen in Gaza und begrüßten die Reaktivierung von EUBAM Rafah. Mehrere MS forderten eine Zusammenarbeit mit Ägypten bzw. der Arabischen Liga angesichts der US-Vorschläge bezüglich Gaza.

In der Diskussion zur Situation in der Demokratischen Republik Kongo betonte HV/VP Kallas die klaren Völkerrechtsverletzungen Ruandas und wies auf fehlende Fortschritte für einen Waffenstillstand hin. Die EU müsse handeln, den Luanda-Nairobi-Friedensprozess unterstützen und Druck auf Ruanda aufbauen. HV/VP Kallas ersuchte in diesem Kontext die MS unter anderem um politische Zustimmung zu neuen individuellen Sanktionen. Die

Aussetzung der Absichtserklärung zwischen der EU und Ruanda über nachhaltige Rohstoffwertschöpfungsketten sollte ebenfalls geprüft werden. In der Diskussion verurteilten die MS die Verletzung der territorialen Integrität und Souveränität der Demokratischen Republik Kongos durch Ruanda. Sie riefen die Parteien zur Rückkehr an den Verhandlungstisch auf und drückten ihre Unterstützung für afrikanische Vermittlungsbemühungen aus.

Ich stelle daher den

**Antrag,**

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

8. Mai 2025

Mag.ª Beate Meinl-Reisinger, MES
Bundesministerin